

Gedanken zu den Themen:

## Finanzen

Bei Durchsicht der einzelnen Positionen im Haushalt fällt zunächst einmal der gravierende Unterschied bei der Gewerbesteuer zwischen dem Ist in 2006 und der Planung für 2007 auf.

Bei glückreichen 110 Mio. € im Jahr 2006 mit weniger als der Hälfte, 50 Mio.€, für 2007 zu planen, kann einerseits als sehr vorsichtige Betrachtungsweise gelten, aber auch als niedrigen Ansatz, um sich dann anschließend selbst auf die Schulter zu klopfen.

Der Durchschnitt der letzten Jahre zeigt einen Wert von ca. 65 Mio. €.

Bei einem derartigen Ausgangswert beträgt der Anteil der Gewerbesteuer am Gesamthaushalt der Gemeinde von durchschnittlich 80 Mio. € mehr als 80 %.

Wir wissen, wie unsicher das Gewerbesteueraufkommen einzuschätzen ist. Beruht es doch zum Großteil auf Finanzdienstleistern, die jederzeit Grünwald verlassen können.

Die gegenwertige Finanzkrise (entgegen der positiven Prognose der Gemeinde) zeigt, wie schnell sich die Lage verändern kann. Bei einem drastischen Rückgang der Gewerbesteuer würde nach der Bezahlung der annähernd 200 Beschäftigten der Gemeinde nicht mehr viel Geld für große Projekte bleiben.

Alle sog. Großprojekte müssen ja nicht nur einmal bezahlt werden, sondern haben anschließend ja auch Unterhaltskosten, von evtl. zusätzlichen Personalkosten abzusehen.

Und während man bei den großen Parkhausprojekten wenigstens von kleinen Beiträgen zur Kostendeckung sprechen kann, so wird man ja kaum Mautgebühren für den Tunnel erheben können.

Wenn also das Gymnasium das Thema für alle Grünwalder ist, so sollte man sich auf das Machbare konzentrieren.

Denn auch der generelle Umgang der Gemeinde mit dem ihr an vertrauten Geld ist bis dato schon als recht großzügig zu bezeichnen. (Auch Wahlgeschenke müssen irgendwann bezahlt werden).

Die Politik der PBG ist eine Politik des finanziell Machbaren. Das zeigt unsere Haltung zum Thema Tunnelbau, Parkplätzen und Gymnasium.

## Tunnel

Während durch den Gemeinderat bis dato lediglich die Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben wurde, brüstet sich der BGM bereits mit dem Tunnelprojekt als Faktum.

Bei der möglichen Realisierung sind neben den eigentlichen Gestehungskosten viele Punkte bislang gar nicht angesprochen worden:

- Wie stellen sich die Nachbargemeinden zu dem Thema?
- Würde sich der Freistaat an den Kosten beteiligen?
- Wie hoch wären die laufenden Kosten?
- Welchen Einfluss hätte der Tunnelbau auf die regionale Straßenplanung?
- Welchen Einfluss hätte der Tunnel auf die Nord- Süd Achse des Verkehrs?
- Wie lange würde der Bau dauern? Das ist nicht nur wichtig in Bezug auf die Kostenverteilung der kommenden Etatjahre, sondern besonders auf die Verkehrsbehinderungen durch die Arbeiten, den zusätzlichen enormen LKW-Verkehr der Baufirmen, den Schmutz- und die Abgasbelastung.
- Wie würde der Verkehr in der Bauphase umgeleitet?
- Wohin würde die Abluft des Tunnels geleitet?
- Wo und wie würden Notausstiege realisiert?
- Wer hat die Prognosen der Verkehrsreduzierung erstellt?
- Zieht ein solcher Tunnel nicht u.U. mehr Verkehr an?

Und es gibt noch viele solcher Fragen ...

Nie angesprochen wurde bislang die Möglichkeit, einfach den Marktplatz kreuzungsfrei zu gestalten. Das würde kurzfristig wohl mehr Ärger geben und hätte natürlich nicht so etwas „Gigantismus“.

All diese Dinge wird die PBG im Vorfeld klären und nicht erst bauen und danach schauen ...

## Straßensanierung Robert-Koch-Straße

Die Arbeiten in der Robert-Koch-Straße sind seit langem abgeschlossen, zum Teil zum großen Unmut der Anlieger.

Die Rechnungen sind seitens der Gemeinde bis heute nicht gestellt.

Hat es die Gemeinde das Geld nicht nötig? Kann man das Geld nicht anlegen? Hat Frau Neusiedl keine Häuser mehr zum Verkauf an die Gemeinde?

Oder wartet man bis nach den Kommunalwahlen?

Das ist keine seriöse Finanzpolitik und so etwas wird es mit der PBG nicht geben.

## Mobilfunk

Die Politik des BGM war das Versprechen etwas zu tun und dann bei erster Gelegenheit seine Machtlosigkeit kund zu tun.

Die Gemeinde wusste lange vor dem Bau des neuen Mobilfunkmastes am Forstweg Bescheid. Sie hat sogar den Standort mit vorgeschlagen. Die Bürger wurden nicht informiert und im Gemeinderat wurde die Thematik in nicht öffentlicher Sitzung besprochen.

Die Gemeinde ist nicht selbst aktiv, sondern hat nur - durch die Aktionen des Vereins „Zukunft Grünwald e.V.“ gezwungen -, angefangen sich zu bewegen.

Sogar der Termin beim Gemeindetag wurde durch den Verein realisiert, eine AG Mobilfunk, wie durch den Gemeindetag angeregt, gibt es bis heute nicht.

Die Messungen am Kindergarten und den Masten hätten ohne Druck seitens des Vereins „Zukunft Grünwald e.V.“ nie stattgefunden.

Das muss sich ändern. Auch wenn die Möglichkeiten der Gemeinden beim Mobilfunk limitiert sind, so können sie doch erfolgreich aktiv werden. Das aber geht nur in Zusammenarbeit mit informierten Bürgern. Hier sind die Interessen der Gemeinde zu wahren und nicht die Vorgaben der CSU Staatsregierung.

Solche und ähnliche Themen wird die PBG mit der erforderlichen Offenheit gegenüber den Bürgern und der notwendigen Aggressivität gegenüber Behörden und Unternehmen angehen.

Bürger dürfen nicht ausgeschlossen werden, den nur gemeinsam lassen sich viele Probleme lösen.

## Gymnasium

Zur Freude von 80% der Grünwalder hat der Bürgermeister und die CSU vor ein staatliches Gymnasium zu errichten. Der noch amtierende Bürgermeister legt sich genauestens fest mit seinem Wunsch nach einem Staatlichen Gymnasium. Alles andere kommt für ihn und die CSU nicht in Frage. Ein staatliches Gymnasium wird vom Bayerischen Kultusminister Siegfried Schneider CSU geführt.

Mir kommen einige Fragen hier zu sofort in den Sinn:

- Wieso möchte das Kultusministerium überhaupt ein Gymnasium in Grünwald, wie der Bürgermeister es immer behauptet?
- Bedeutet ein Grünwalder Gymnasium nicht mehr Ausgaben für das Ministerium? Würden die umliegenden Gymnasien nicht allmählich eine Abwanderung von Schülern hinnehmen müssen?
- Würden die anderen weiterführende Schulen nicht auch noch zu viele Lehrer haben?
- Ist eine weitere Schule hier im Münchner Süden überhaupt für das Kultusministerium und die Bayerische Landesregierung sinnvoll?
- Wieso sträubt sich die CSU gegen einen Plan B? Eine **Kommunale** Schule, bei der die Gemeinde der Träger ist. So kann die Gemeinde selbst - und nicht etwa Münchener Bürokraten – entscheiden, wie dieses Gymnasium sein sollte? Oder ist das Geld der Gemeinde bereits für einen Tunnel und Parkplätze schon verplant? Ist die Investition in die Ausbildung unsere Kinder wichtiger als ein Tunnel um 4 Minuten Stau zu vermeiden?

Oder ist es nur eine Hinhaltetaktik vom Bürgermeister. Er würde so gerne, aber die Partei-Kollegen wollen es nicht!

Christopher Graf von Spee